

Landesamt für Finanzen

Postfach 19 05
92609 Weiden i.d.Opf.

Gz: -
Geschäftszeichen bitte angeben!

Anlagen: ☐ Werdegangsblatt (bei Neuzugängen)
☐

Mitteilung über bezügerelevante Daten

Belege bitte nicht heften, klammern oder aufkleben.

Dienststelle mit vollständiger Anschrift:			
Name, Vorname:		Geburtsdatum:	Amts-/Dienstbezeichnung
<input type="checkbox"/>	Änderung der persönlichen Verhältnisse (soweit bekannt)		
<input type="checkbox"/>	Name, Vorname, Namenszusätze bzw. Namensänderung		
<input type="checkbox"/>	Anschrift des Hauptwohnsitzes i.S.d. §§ 21 Abs. 2, 22 BMG (Straße, Nummer, PLZ, Ort, ggf. Land) -siehe auch Hinweis III und IV-		seit (Tag, Monat, Jahr)
<input type="checkbox"/>	Familienstand	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> verwitwet
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> geschieden	<input type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend	(Tag, Monat, Jahr)
Nachweise (soweit vorhanden) bitte beifügen !			
<input type="checkbox"/>	Änderung der dienstlichen Verwendung		
<input type="checkbox"/>	Abordnung	<input type="checkbox"/> Versetzung	<input type="checkbox"/> Zuweisung
neue Dienststelle (Außenstelle)		Dienststellenschlüssel	Buchungsstelle(Kap./Titel)
<input type="checkbox"/>	Zulage berechtigende Verwendung	ab:	bis:
Rechtsgrundlage			
<input type="checkbox"/>	Änderung der Arbeitszeit		
<input type="checkbox"/>	Vollbeschäftigung	ab:	bis:
<input type="checkbox"/>	Teilzeitbeschäftigung	ab:	bis:
<input type="checkbox"/>	Teilzeitbeschäftigung während eines Erziehungsurlaubes	ab:	bis:
Rechtsgrundlage:		Wochenstunden (ggf. abweichendes Regelstundenmaß) oder Arbeitszeitanteil	

<input type="checkbox"/> Beurlaubungen usw.				
<input type="checkbox"/>	Grundwehr-/ Zivildienst <input type="checkbox"/>	Mutterschutzfrist <input type="checkbox"/>	Elternzeit <input type="checkbox"/>	Name und Geburtsdatum des Kindes
<input type="checkbox"/>	schuldhaftes Fernbleiben vom Dienst <input type="checkbox"/>		Sonderurlaub ohne Dienstbezüge <input type="checkbox"/>	im dienstlichen Interesse <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/>	sonstiger Zeitraum ohne Dienstbezüge			
Rechtsgrundlage			ab:	bis:
<input type="checkbox"/> Ernennung bzw. Übertragung eines Amtes *				
Ernennung mit Wirkung vom		zum (Dienstbezeichnung)		BesGr Einweisung in die Planstelle zum:
Urkunde / Verfügung vom		Ausgehändigt am	<input type="checkbox"/> wird gesondert mitgeteilt	
Dienststelle (Außenstelle)		Dienststellenschlüssel		Buchungsstelle(Kap./Titel)
<input type="checkbox"/> Dienstantritt (z. B. nach Beurlaubung/Ernennung)				
am		Grund	bei (Dienststelle)	
<input type="checkbox"/> Beendigung des Beamten- / Dienstverhältnisses(z. B. Entlassung / Ruhestand)				
ab		Grund	Verfügung ausgehändigt am	
			<input type="checkbox"/> wird gesondert mitgeteilt	
<input type="checkbox"/> Sonstige Mitteilungen				
<input type="checkbox"/> z.B. Zeiten von Dienstunfähigkeit, soweit sie Auswirkungen auf Bezüge haben (Zulagen, Fahrtkostenzuschuss, Hausdienstvergütung., Dienstkleidungszuschuss und dergl.)				
ab:		bis:		
Sonstiges:				

.....
Name, Unterschrift

.....
Telefonnummer mit Nebenstelle für Rückfragen

Hinweise:

- I. Selbstverständlich bleibt es den Personal verwaltenden Stellen unbenommen, bereichsspezifische Angaben zusätzlich in den Vordruck mit aufzunehmen.
- II. Der Vordruck ersetzt nicht die vom Zahlungsempfänger unmittelbar vorzulegenden Mitteilungen und Erklärungen (z.B. OFZ-Erklärung, Erklärung zum Hauptwohnsitz usw.).
- III. Die Mitteilung des Hauptwohnsitzes dient der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung ort- und familienbezogener Besoldungsbestandteile. Als Nachweis gilt die melderechtliche Bescheinigung i.S. § 18 Bundesmeldegesetz (BMG)
- IV. Auszug aus dem Bundesmeldegesetz (BMG):
 § 21 Abs. 2: Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners.
 § 22 Abs. 1: Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner.
 § 22 Abs. 3: In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.
 § 22 Abs. 4: Kann der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Absätzen 1 und 3 nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die Wohnung nach § 21 Absatz 2.

* Eine schriftliche Mitteilung anlässlich der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit ist nicht erforderlich (nicht bezügerelevant).